

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **18.02.2021** im Veranstaltungszentrum Stadthaus, Sorgenser Str. 31, 31303 Burgdorf

18.WP/Rat/033

Beginn öffentlicher Teil: 18:04 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 21:13 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: **Bürgermeister**

Pollehn, Armin

Ratsvorsitzende

Weilert-Penk, Christa

1. stellv. Bürgermeister

Paul, Matthias

2. stellv. Bürgermeisterin

Heller, Simone

Ratsherren/-frauen

Alker, Sonja
Apel, Robert
Braun, Hartmut
Braun, Jens
Dralle, Karl-Heinz
Dreeskornfeld, Thomas
Fleischmann, Michael ab TOP 4.1
Frick, Anne
Gersemann, Christiane
Hinz, Arne
Hinz, Gerald
Kaefer, Volkhard, Dr.
Kirstein, Lukas
Knauer, Detlef
Köneke, Klaus
Lentz, Stefan
Meinig, Birgit
Meyer, Andreas
Morch, Hans-Dieter
Neitzel, Beate
Nijenhof, Rüdiger
Perkun, Katrin
Plaß, Barthold
Schrader, Karl-Ludwig
Schulz, Kurt-Ulrich
Sieke, Oliver
Sund, Björn
Zschoch, Mirco

Verwaltung

Kattler, Sebastian
Kugel, Michael
Raue, Nicole

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Gedenken an Verstorbene
2. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 10.12.2020
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 4.1. Beitritt der Stadt Burgdorf in das kommunale Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ - Prüfungsergebnis der Kommunalaufsicht
Vorlage: M 2020 1469
5. Vergabe einer Dienstleistungskonzession zur Durchführung des Burgdorfer Wochenmarktes
Vorlage: BV 2020 1341/8
6. 44. Änderung des Flächennutzungsplans (Nordwestlich Weserstraße) - Feststellungsbeschluss
Vorlage: BV 2020 1461
7. Einrichtung eines Ortsrates in Hülptingen
Vorlage: BV 2020 1468
8. Kommunalwahl 2021 - Bildung von Wahlbereichen
Vorlage: BV 2020 1470
9. 64. Flächennutzungsplanänderung (Projekt Aue Süd), Feststellungsbeschluss
Bezugsvorlage BV 2020 1378 Entwurf, Beteiligung nach § 3 Abs. 2 u. § 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: BV 2021 1486
10. Beisetzungen auf Stadtteilstädtfriedhöfen "Freigabe für Ortsfremde", Antrag der SPD-Fraktion im Rat vom 22.04.2020
Vorlage: A 2020 1249
- 10.1. Beisetzungen auf Stadtteilstädtfriedhöfen "Freigabe für Ortsfremde" (Bezug: A 2020 1249)
Vorlage: BV 2020 1249/1
- 10.2. Beisetzungen auf Stadtteilstädtfriedhöfen "Freigabe für Ortsfremde" - Änderung Beschlussvorschlag (Bezug: A 2020 1249 und BV 2020 1249/1)
Vorlage: BV 2020 1249/2

- 10.3. Beisetzungen auf Stadtteilmfriedhöfen "Freigabe für Ortsfremde", Änderungsantrag "Zukunft und Tradition im Friedhofswesen" der Gruppe SPD, B´90/Die Grünen, WGS, Freie Burgdorfer vom 15.01.2021
Vorlage: A 2020 1249/3
11. Klimaschutz als kommunale Aufgabe, Antrag gem. Geschäftsordnung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.10.2020 - zurückgezogen
Vorlage: A 2020 1419
- 11.1. Klimaschutz als kommunale Aufgabe, Änderungsantrag gem. Geschäftsordnung der Fraktionen WGS und FreieBurgdorfer vom 12.02.2021 - abgeschlossen
Vorlage: A 2020 1419/1
- 11.2. Klimaschutz als kommunale Aufgabe, Änderungsantrag gem. Geschäftsordnung der Fraktionen WGS und FreieBurgdorfer vom 12.02.2021 - abgeschlossen
Vorlage: A 2020 1419/2
12. Antrag der FDP-Fraktion im Rat: Verstärkung des Teams "Wirtschaftsförderung" in der Verwaltung ab 2021 - abgesetzt
Vorlage: A 2020 1317
- 12.1. Antrag der SPD-Fraktion im Rat "Wirtschaftsförderung in Burgdorf - Strategie 2030" - abgesetzt
Vorlage: A 2021 1481
- 12.2. Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion im Rat vom 29.01.2021 zum Antrag der SPD-Fraktion im Rat "Wirtschaftsförderung in Burgdorf - Strategie 2030" - abgesetzt
Vorlage: A 2021 1481/1
13. Antrag von Michael Fleischmann, Die Linke, im Rat: Innenstadt retten: Handel mit digitalem Marktplatz und optimierten Internetauftritten stärken, leere Geschäfte an ideenreiche Unternehmensgründer/innen und Initiativen preiswert vermieten.
Vorlage: A 2021 1494
14. Antrag der CDU-FDP-Gruppe im Rat: Nachhaltige Stadtentwicklung für die Kernstadt Burgdorf
Vorlage: A 2021 1495
15. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

Die gestellten Fragen sind dem Protokoll als Anlage 1 hinzugefügt.

1. Gedenken an Verstorbene

Frau Weilert-Penk rief zur Ehrung der kürzlich verstorbenen Harry Neumann, ehemaliges Ratsmitglied, und Bernd Loewenherz, ehemaliges Ratsmitglied, auf.

Zu weiteren Ehrungen Verstorbener übergab **Frau Weilert-Penk** das Wort an Herrn Pollehn.

Herr Pollehn rief zur Ehrung der kürzlich verstorbenen Edeltraud Wöhler, Bürgermedaillenträgerin, und den kürzlich verstorbenen Bernhard Kracke, Ortsvorsteher Weferlingsen, auf.

Herr Pollehn bat die Anwesenden, sich zu erheben und der Verstorbenen zu gedenken.

2. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Frau Weilert-Penk eröffnete die Sitzung um 18:04 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. **Frau Weilert-Penk** gratulierte allen Ratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Frau Weilert-Penk erklärte, dass zur Tagesordnung seitens der Verwaltung folgende Änderungsvorschläge bestünden:

1) Ergänzung des Tagesordnungspunktes 11 um die Tagesordnungspunkte 11.1 und 11.2

Klimaschutz als kommunale Aufgabe, Änderungsantrag gem. Geschäftsordnung der Fraktionen WGS und FreieBurgdorfer vom 12.02.2021
Vorlage: A 2020 1419/1

Klimaschutz als kommunale Aufgabe, Änderungsantrag gem. Geschäftsordnung der Fraktionen WGS und FreieBurgdorfer vom 12.02.2021
Vorlage: A 2020 1419/2

2) Absetzung der Tagesordnungspunkte 12, 12.1 und 12.2

Anträge der FDP-Fraktion, der SPD-Fraktion sowie der CDU-Fraktion zur Wirtschaftsförderung in Burgdorf

Sowohl im Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr als auch im Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten wurde die Beratung bis zur Vorlage eines Konzeptes durch die Verwaltung zurückgestellt.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird in der geänderten Fassung genehmigt.

3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 10.12.2020

Herr Schulz bat um die folgende Änderung des Ratsprotokolls auf Seite 14 zum TOP 16, Entwurf Haushaltssatzung: „An Herrn Dreeskornfeld gerichtet wies er darauf hin, dass vor der Stärkung der Wirtschaftsförderung, die auch jetzt schon sehr gute Arbeit leistet, die Bau- und Planungsabteilung personell verstärkt werden muss, damit z.B. die vorliegenden Bauanträge zeitnah bearbeitet werden können“.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Das Protokoll der Ratssitzung vom 10.12.2020 wird mit vorstehender Änderung genehmigt.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Kugel führte aus, dass die Kommunalaufsicht gemäß §§ 120 Abs. 2 und 119 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) die vom Rat der Stadt Burgdorf am 10. Dezember 2020 beschlossenen Haushaltssatzungen für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 genehmigt habe. Eine entsprechende Mitteilungsvorlage zum Prüfungsergebnis werde von der Verwaltung dem Ratsgremium in Kürze zur Verfügung gestellt.

**4.1. Beitritt der Stadt Burgdorf in das kommunale Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ - Prüfungsergebnis der Kommunalaufsicht
Vorlage: M 2020 1469**

Herr A. Hinz bedankte sich für das zur Verfügung gestellte Prüfergebnis und fragte, ob die Stadt Burgdorf dem Bündnis bereits beigetreten sei.

Herr Pollehn erklärte, dass der Beitritt bereits erfolgt sei. Bei der Prüfung des Antrages sei es ihm nicht darum gegangen, feststellen zu lassen, ob der Beitritt rechtmäßig sei, sondern ob die Stadt Burgdorf die Anzahl aufzunehmender Flüchtlinge selbst festlegen könne. Er wolle vermeiden, dass der Eindruck entstünde, Burgdorf könne mehr Flüchtlinge aufnehmen als gesetzlich vorgeschrieben. Gleichwohl sei ihm die Integration zugewiesener Flüchtlinge ein besonderes Anliegen und eine wichtige Aufgabe. In Burgdorf werde bereits großartige Integrationsarbeit von Seiten der Hilfeeinrichtungen geleistet.

Frau Weilert-Penk verwies auf die Stellungnahme der Kommunalaufsicht. Demnach könne Burgdorf über die sogenannte Überquote gemäß dem Aufnahmegesetz mehr Flüchtlinge aufnehmen. Die entsprechende Zuweisung erfolgt dabei stets über das Land Niedersachsen beziehungsweise die Region Hannover. Die Vergabe eines Prüfauftrages von Seiten des Bürgermeisters sei daher sinnvoll gewesen, um der Sorge fundiert entgegenzutreten, dass die Stadt Burgdorf über den Beitritt in das Bündnis mehr Flüchtlinge aufnehme.

Herr Nijenhof zitierte aus dem Protokoll vom 10.12.2020: „[...] dass der Antrag nicht beinhalte, dass man über den Königsteiner Schlüssel hinaus Flüchtlinge aufnehmen wolle“.

Der Rat nahm das Prüfungsergebnis der Kommunalaufsicht zum Beitritt der Stadt Burgdorf in das kommunale Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ zur Kenntnis.

5. Vergabe einer Dienstleistungskonzession zur Durchführung des Burgdorfer Wochenmarktes
Vorlage: BV 2020 1341/8

Herr G. Hinz erklärte, dass er bereits im Rahmen des Vergabeverfahrens Zweifel an der Bewertung der Anbieter gehabt habe. Aus seiner Sicht sei das Angebot der Markthändler von Seiten des Bürgermeisters zu positiv dargestellt worden. Weiterhin hätte die rechtliche Beratung der Stadt Burgdorf auf die bestehenden Zweifel an einer Rechtmäßigkeit des Wochenmarktvereins hinweisen müssen. Er wünsche sich, dass Burgdorf zeitnah wieder einen Wochenmarkt habe.

Herr Fleischmann kritisierte das rechtliche Vorgehen der Marktgilde gegen den Wochenmarktverein. Dies sei keine gute Basis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Stadt Burgdorf. Er plädierte für eine Umsetzung des Wochenmarktes durch die Stadt Burgdorf.

Herr Paul verwies darauf, dass jeder Bürger, auch die Marktgilde, das Recht habe, sich juristisch zur Wehr zu setzen.

Herr Pollehn erklärte, dass er sich immer für den Wochenmarkt stark gemacht habe. Der Auswahlprozess im Rahmen des Vergabeverfahrens sei zur Stärkung des Marktes in Burgdorf erfolgt. Er verwies darauf, dass das Gericht bestätigt habe, dass die Stadt im Kontext des Vergabeverfahrens rechtlich richtig agiert habe.

Der Rat fasste bei 31 Ja-Stimmen und einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt die Vergabe der Dienstleistungskonzession zur Organisation und Durchführung des Burgdorfer Wochenmarktes auf dem Schützenplatz zum nächstmöglichen Zeitpunkt an die Deutsche Marktgilde e.G.

**6. 44. Änderung des Flächennutzungsplans (Nordwestlich Weserstraße)
- Feststellungsbeschluss
Vorlage: BV 2020 1461**

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die Ergebnisse der folgenden Beteiligungsverfahren, die in der anliegenden Begründung in Kapitel V „Verfahren“ wiedergegeben sind, werden zur Kenntnis genommen:**
 - a. der in der Zeit vom 22.06.2020 bis 06.07.2020 durchgeführten frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB,**
 - b. der mit Schreiben vom 09.06.2020 durchgeführten frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB,**
 - c. der in der Zeit vom 26.10.2020 bis 27.11.2020 durchgeführten öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und**
 - d. der mit Schreiben vom 14.10.2020 durchgeführten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB.**

Die in der Begründung beschriebenen Abwägungsvorschläge werden beschlossen.

- 2. Feststellungsbeschluss: Die 44. Änderung des Flächennutzungsplans (Nordwestlich Weserstraße) in der Fassung vom 21.12.2020 sowie beiliegende Begründung werden nach Prüfung der Bedenken und Anregungen beschlossen.**

**7. Einrichtung eines Ortsrates in Hülptingsen
Vorlage: BV 2020 1468**

Herr Fleischmann sprach sich für die Einrichtung eines Ortsrates in Hülptingsen als Zeichen politischer Teilhabe aus. Bürgerbeteiligung als Form direkter Demokratie sei in seinen Augen wichtig. Der Kostenfaktor als Grund dafür, einen Ortsrat nicht einzuführen, dürfe an dieser Stelle nicht ausschlaggebend sein.

Herr Dr. Kaefer erklärte, dass Hülptingsen wesentliche Einrichtungen wie Friedhof, Schule und Kindertagesstätte fehlen würden, die maßgebend für die Einführung eines Ortsrates seien. Als Hülptingser werde er sich bei der Abstimmung enthalten.

Herr H. Braun verdeutlichte, dass der Ortsrat nicht Ausdruck der direkten, sondern die unterste Ebene der parlamentarischen Demokratie sei. Für die Hülptingser gebe es andere Wege, wie beispielsweise in Form eines Bürgervereins oder einer Bürgerinitiative, sich direkt zu beteiligen.

Herr Pollehn erklärte, dass die Kosten für die Einrichtung eines Ortsrates nicht ausschlaggebend seien, einen solchen nicht einzurichten. Basisdemokratie sei wichtig. Die Einrichtung eines formalen Ortsrates sei jedoch zur Förderung direkter Demokratieprozesse nicht zwingend. Es gebe wenige Themen, über die ein Ortsrat in Hülptingsen entscheiden könne. **Herr Pollehn** sicherte der Initiative die Unterstützung der Verwaltung zu. Für Hülptingsen relevante

Informationen würden entsprechend zur Verfügung gestellt.

Herr Nijenhof wies darauf hin, dass es sinnvoll gewesen wäre, alle Hülptingser zu der Einführung eines Ortsrates zu befragen, um ein vollumfängliches Meinungsbild zu erhalten und gegebenenfalls Kosten zu sparen. In Hülptingsen gebe es keine Schule, keinen Friedhof und keine Kindertagesstätte, maßgebend sei für ihn jedoch zur Stärkung demokratischer Prozesse eine Bürgerbeteiligung zu ermöglichen. Daher werde er für die Einführung als basisdemokratisches Element stimmen.

Herr Köneke verwies auf die Verwaltungs- und Gebietsreform von 1974. In diesem Zusammenhang seien die Kriterien für die Einrichtung eines Ortsrates festgelegt worden. Demnach fehlten Hülptingsen wesentliche Elemente wie eine Schule, ein Friedhof und eine Kindertagesstätte sowie Themen, die nur den Ort betreffen. Aus diesem Grund werde er gegen die Einführung eines Ortsrates votieren.

Herr Paul sprach sich ebenfalls gegen eine Einführung aus, weil wesentliche Elementen wie eine Schule, ein Friedhof und eine Kindertagesstätte fehlten.

Der Rat fasste bei 25 Ja-Stimmen fünf Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Dem Antrag auf Einrichtung eines Ortsrates in Hülptingsen wird nicht entsprochen.

Die Sitzung wurde zum Lüften von 19.15 Uhr bis 19.25 Uhr unterbrochen.

**8. Kommunalwahl 2021 - Bildung von Wahlbereichen
Vorlage: BV 2020 1470**

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Für die Kommunalwahl 2021 am 12.09.2021 bildet das Gemeindegebiet einen Wahlbereich.

**9. 64. Flächennutzungsplanänderung (Projekt Aue Süd), Feststellungsbeschluss
Bezugsvorlage BV 2020 1378 Entwurf, Beteiligung nach § 3 Abs. 2 u. § 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: BV 2021 1486**

Der Rat fasste bei 31 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme folgenden

Beschluss:

- 1. Die Ergebnisse der folgenden Beteiligungsverfahren zur 64. Flächennutzungsplanänderung, die in der anliegenden Begründung in Kapitel 15 „Verfahrensablauf/Abwägungsvorgang“ bzw. den Anlagen 1, 2 und 3 der Begründung wiedergegeben sind, werden zur Kenntnis genommen:**
 - a. der in der Zeit vom 03.08.2020 bis 18.08.2020 durchgeführ-**

- ten frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB,
- b. der mit Schreiben vom 21.07.2020 durchgeführten frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB,
 - c. der in der Zeit vom 16.11.2020 bis 17.12.2020 durchgeführten öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und
 - d. der mit Schreiben vom 05.11.2020 durchgeführten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB.

Die in der Planbegründung und den zugehörigen Anlagen beschriebenen Abwägungsvorschläge werden beschlossen.

2. Feststellungsbeschluss:

Die 64. Änderung des Flächennutzungsplans wird in der Fassung vom 20.01.2021 unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beteiligungsverfahren und der Ergebnisse der Umweltprüfung beschlossen.

Der Flächennutzungsplanänderung werden beigefügt

- die Planbegründung in der Fassung vom 20.01.2021 sowie
- die Zusammenfassende Erklärung gemäß § 6a BauGB, die in Kapitel 16 der Begründung wiedergegeben ist.

**10. Beisetzungen auf Stadtteolfriedhöfen "Freigabe für Ortsfremde", Antrag der SPD-Fraktion im Rat vom 22.04.2020
Vorlage: A 2020 1249**

Die Tagesordnungspunkte 10, 10.1, 10.2 und 10.3 wurden gemeinsam beraten.

**10.1. Beisetzungen auf Stadtteolfriedhöfen "Freigabe für Ortsfremde" (Bezug: A 2020 1249)
Vorlage: BV 2020 1249/1**

Die Tagesordnungspunkte 10, 10.1, 10.2 und 10.3 wurden gemeinsam beraten.

**10.2. Beisetzungen auf Stadtteolfriedhöfen "Freigabe für Ortsfremde" - Änderung Beschlussvorschlag (Bezug: A 2020 1249 und BV 2020 1249/1)
Vorlage: BV 2020 1249/2**

Die Tagesordnungspunkte 10, 10.1, 10.2 und 10.3 wurden gemeinsam beraten.

**10.3. Beisetzungen auf Stadtteilmfriedhöfen "Freigabe für Ortsfremde", Änderungsantrag "Zukunft und Tradition im Friedhofswesen" der Gruppe SPD, B´ 90/Die Grünen, WGS, Freie Burgdorfer vom 15.01.2021
Vorlage: A 2020 1249/3**

Herr Nijenhof befürwortete den Änderungsantrag. Damit sei eine gute Kompromisslösung für alle Interessengruppen gefunden worden. Er bat um Zustimmung zum Änderungsantrag.

Herr Fleischmann erklärte, dass die Freigabe der Friedhöfe für Ortsfremde sinnvoll sei. Damit erfolge eine angemessene Reaktion auf das sich verändernde Bestattungswesen. Er werde dem Antrag zustimmen.

Herr Dr. Kaefer erklärte, dass der Änderungsantrag ein guter Kompromiss sei. Damit würden die Sorge der Ortschaften vor einem „Bestattungstourismus“ beachtet werden, indem einmal jährlich eine Erhebung der Anzahl der Bestattungen auf den städtischen Friedhöfen stattfindet und bei Bedarf gesteuert wird. Darüber hinaus könnten die Ortsräte die Richtlinien für die Nutzung der Friedhöfe anpassen.

Der Rat fasste bei 29 Ja-Stimmen und drei Nein-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die bisherige Richtlinie aus dem Jahre 1999 wird aufgehoben. Als neue Richtlinie wird nicht der Kompromissvorschlag der Verwaltung beschlossen, sondern die Regelungen, wie sie im Änderungsantrag der Mehrheitsgruppe, Vorlage A 2020 1249/3, dargestellt sind.

**11. Klimaschutz als kommunale Aufgabe, Antrag gem. Geschäftsordnung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.10.2020 - zurückgezogen
Vorlage: A 2020 1419**

Die Tagesordnungspunkte 11, 11. Und 11.2 wurden gemeinsam beraten.

**11.1. Klimaschutz als kommunale Aufgabe, Änderungsantrag gem. Geschäftsordnung der Fraktionen WGS und FreieBurgdorfer vom 12.02.2021 - abgeschlossen
Vorlage: A 2020 1419/1**

Die Tagesordnungspunkte 11, 11. Und 11.2 wurden gemeinsam beraten.

**11.2. Klimaschutz als kommunale Aufgabe, Änderungsantrag gem. Geschäftsordnung der Fraktionen WGS und FreieBurgdorfer vom 12.02.2021 - abgeschlossen
Vorlage: A 2020 1419/2**

Frau Heller stellte den Antrag der **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** vor. Als Hauptbestandteil hob sie die Einrichtung klimaneutraler Neubaugebiete hervor. Dabei sei eine Kompromisslösung der falsche Ansatz. Deshalb setzte sich die Fraktion für die Umsetzung des Ursprungsantrags ein. Zudem sei es nicht zielführend beim Klimaschutz auf die Freiwilligkeit der Bürgerinnen und Bürger bei der Umsetzung zu setzen. Aus diesem Grund sei es sinnvoll die Nutzung fossiler Brennstoffe wie Kohle, Erdöl und Erdgas

in Neubaugebieten auszuschließen.

Herr G. Hinz verwies für die **SPD-Fraktion** auf die Notwendigkeit der Einrichtung Klimaneutraler Neubaugebiete als wesentlichen Beitrag zur CO₂-Reduzierung und zum Klimaschutz. Es sei wenig hilfreich, beim Klimaschutz auf eine Selbstregulierung des Marktes zu setzen, sondern vielmehr mit entsprechenden Regelungen die Richtung vorzugeben. Subventionen und Anreize seien grundsätzlich nur für die Einführung einer neuen Technologie sinnvoll. Dies sei aus Sicht der **SPD-Fraktion** bei der Nutzung klimaneutraler Energieträger nicht gegeben. Weiterhin verdeutlichte **Herr Sund** für die **SPD-Fraktion**, dass die Investitionskosten für die Verwendung klimaneutraler Energieträger höher seien, die zu erwartenden steigenden Verbrauchskosten beispielsweise durch die CO₂-Steuer seien jedoch gegenüberzustellen. Die angeführten Erläuterungen zugrunde legend plädierte die Fraktion für eine Zustimmung zum Ursprungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Herr Sieke erklärte für die **CDU-FDP-Fraktion**, dass auch ihr der Klimaschutz ein besonderes Anliegen sei. Erdgas sei jedoch immer noch eine wichtige Versorgungsquelle. Aus diesem Grund gelte es die entsprechende Infrastruktur solange vorzuhalten, bis eine dezentrale Energieversorgung erfolge. Von einer entsprechenden Reglementierung der Verwendung von Erdgas in Neubaugebieten sei daher abzusehen. Weiterhin verwies **Herr Köneke** für die Fraktion auf eine nachhaltige Holznutzung als preiswerte Möglichkeit CO₂ zu speichern. **Herr Sieke** bekräftigte für die **CDU-FDP-Fraktion** ihren Wunsch, den Klimaschutzmanager als Stabsstelle einrichten zu lassen. Sie bat um die Zustimmung zu den Änderungsanträgen.

Der Einzelratherr, Herr Fleischmann, erklärte, dass er den Antrag zum Klimaschutz grundsätzlich befürworte. Allerdings sei der Ausschluss von Erdgas als Energiequelle nicht zielführend, da hierdurch eine Preissteigerung der Mieten zu befürchten sei. Dies sei gerade Bürgerinnen und Bürger mit einem geringen Einkommen nicht zumutbar. Eine Zustimmung zum Ursprungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen könne daher nicht erfolgen.

Herr J. Braun kritisierte für die **AfD-Fraktion** die deutsche und europäische Klimapolitik.

Herr Dr. Kaefer verwies für die **WGS-Fraktion** darauf, dass Bürgerinnen und Bürger für den Klimaschutz überzeugt werden müssten und Verbote wenig hilfreich seien. Das Einbringen von Änderungswünschen sei im Rahmen der politischen Diskussionen zum Klimaschutz zu befürworten.

Herr Nijenhof plädierte für die **Fraktion FreieBurgdorfer** für die Förderung des eigenverantwortlichen Handelns der Bürgerinnen und Bürger. Der Einsatz von Verboten sei wenig hilfreich. Vielmehr gelte es eine Förderung flächendeckend und nicht nur in Neubaugebieten zu ermöglichen.

Herr Pollehn brachte seine Irritation über das Ansinnen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen über den Ursprungsantrag abstimmen zu lassen, zum Ausdruck. Ziel sei es, sich fraktionsübergreifend für den Klimaschutz einzusetzen. Deshalb sei eine Kompromisslösung anzustreben. Für die Förderung des Klimaschutzes sei das Klimagesetz des Landes Niedersachsen maßgebend. Er werde gegen den Ursprungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmen.

Frau Heller zog für die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** ihren Ursprungsantrag zurück.

Auf Bitte von **Herrn Zschoch** für die **CDU-FDP-Fraktion** wurde die Sitzung von 20:37 Uhr bis 20:50 Uhr für eine politische Beratung unterbrochen. Anschließend teilte **Herr Zschoch** für die **CDU-FDP-Fraktion** mit, dass sie den bereits im Verwaltungsausschuss formulierten Beschlussvorschlag gemeinsam mit der WGS-Fraktion als Antrag einbringen werde und bat um die entsprechende Unterstützung der Ratsmitglieder.

12. Antrag der FDP-Fraktion im Rat: Verstärkung des Teams "Wirtschaftsförderung" in der Verwaltung ab 2021 - abgesetzt
Vorlage: A 2020 1317

Die Tagesordnungspunkte 12, 12.1 und 12.2 wurden von der Tagesordnung abgesetzt.

12.1. Antrag der SPD-Fraktion im Rat "Wirtschaftsförderung in Burgdorf - Strategie 2030" - abgesetzt
Vorlage: A 2021 1481

Die Tagesordnungspunkte 12, 12.1 und 12.2 wurden von der Tagesordnung abgesetzt.

12.2. Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion im Rat vom 29.01.2021 zum Antrag der SPD-Fraktion im Rat "Wirtschaftsförderung in Burgdorf - Strategie 2030" - abgesetzt
Vorlage: A 2021 1481/1

Die Tagesordnungspunkte 12, 12.1 und 12.2 wurden von der Tagesordnung abgesetzt.

13. Antrag von Michael Fleischmann, Die Linke, im Rat: Innenstadt retten: Handel mit digitalem Marktplatz und optimierten Internetauftritten stärken, leere Geschäfte an ideenreiche Unternehmensgründer/innen und Initiativen preiswert vermieten.
Vorlage: A 2021 1494

Herr Fleischmann stellte seinen Antrag vor. Aus seiner Sicht erfordere die aktuelle Entwicklung ein sofortiges Handeln zur Stärkung des lokalen Einzelhandels. Dieser sei insbesondere durch den Onlinehandel in seiner Existenz bedroht. Daher schlage er die Einrichtung eines digitalen Marktplatzes unter Einbeziehung des Burgdorfer Einzelhandels vor. Entgegen der bereits voranschreitenden Planungen zur Einrichtung einer solchen Plattform von Seiten des Stadtmarketingvereins plädiere er für eine Beteiligung der Stadt an dem digitalen Marktplatz. Damit sei aus seiner Sicht gewährleistet, dass alle Bürgerinnen und Bürger Zugang zu der Plattform hätten und nicht nur ein exklusiver Kreis. Darüber hinaus könne die Stadt Burgdorf über diese Plattform auch beispielsweise für die Vermarktung von Leerständen in der Innenstadt sorgen. **Herr Fleischmann** bat um die Überweisung seines Antrags in den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Antrag A 2021 1494 „Innenstadt retten: Handel mit digitalem Marktplatz und optimierten Internetauftritten stärken, leere Geschäfte an ideenreiche Unternehmensgründer/innen und Initiativen preiswert vermieten.“ von Michael Fleischmann, Die Linke, wird in den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr überwiesen.

- 14. Antrag der CDU-FDP-Gruppe im Rat: Nachhaltige Stadtentwicklung für die Kernstadt Burgdorf
Vorlage: A 2021 1495**
-

Herr Schrader stellte den Antrag der CDU/FDP-Gruppe vor. Für eine nachhaltige Stadtentwicklung sei es aus seiner Sicht wichtig, in der Innenstadt mehr urbane Gebiete auszuweisen und dadurch Ressourcen zu schonen. Darüber hinaus könne so mehr Wohnraum in der Innenstadt geschaffen werden. **Herr Schrader** bat um Überweisung des Antrags in den Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Antrag A 2021 1495 „Nachhaltige Stadtentwicklung für die Kernstadt Burgdorf der CDU-FDP-Gruppe wird in den Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau überwiesen.

- 15. Anfragen gemäß Geschäftsordnung**
-

Es wurden keine Anfragen gestellt.

Einwohnerfragestunde

Die gestellten Fragen sind dem Protokoll als Anlage 2 beigefügt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzende

Protokollführer